



Auch beim Abriss dieses Gebäudekomplexes an der Höckerstraße war der Beirat im Vorfeld involviert.

Archivfoto: Peter Steinert

Der Wochenkommentar

Erst erkämpft, jetzt gestrichen

■ Der Stadtrat hat die Anzahl der Mitglieder im Gestaltungsbeirat von neun auf fünf reduziert.

■ Die Sitze für Denkmalschutz, Heimatpflege sowie Kunst und Kultur wurden aus dem Beirat entfernt.

Was macht man mit einem Gremium, das Bürger einst gegen die eigene Stadtverwaltung erkämpft haben? Man schrumpft es, entfernt die Bürgersitze – und schließt die Öffentlichkeit aus. Genau das ist beim Gestaltungsbeirat gerade passiert.

Es gibt politische Formulierungen, die sich durch die Realität, die ihnen folgt, selbst ad absurdum führen. CDU und SPD wollten den Beirat „aus dem Elfenbeinturm“ holen und eine Reform, „die Transparenz, Effizienz und Bürgernähe stärkt“. Andere Fraktionen hatten ähnliche Anträge formuliert. Das Ergebnis: Aus neun Mitgliedern werden fünf. Und die fünf kommen ausschließlich aus Architektur, Städtebau und Landschaftsplanung. Die bisherigen Sitze für Denkmalschutz, Ortsbild- und Heimatpflege sowie für Kunst und Kultur fallen weg.

Das ist nicht einfach eine Reform der Sitzordnung. Es ist eine politische Entscheidung darüber, welche Perspektiven bei der Beratung über die Stadt



Katharina Eisele
Redaktionsleiterin

überhaupt noch einen festen Platz haben. Und ausgerechnet die bürgerschaftlichen Perspektiven verlieren ihn.

Das ist deshalb bemerkenswert, weil der Beirat seine Existenz genau diesem bürgerschaftlichen Engagement verdankt. Drei traditionsreiche Herforder Vereine – der Verschönerungsverein, der Heimatverein, der Kunstverein – begleiteten die bauliche Modernisierung der Stadt seit den 1960er-Jahren kritisch. Aus diesem Protest wurde im Jahr 2000 eine Institution: Der Rat verankerte die Vereine mit einem satzungsmäßig abgesicherten Vorschlagsrecht für zwei Sitze Denkmalschutz/Heimatpflege und einen Sitz Kunst/Kultur.

Die Bürger mussten sich ihren Platz erkämpfen. Jetzt wird er ihnen wieder genommen – und zwar auf eine Weise, die den eigenen Reform-

Anspruch gleich mehrfach unterläuft.

Denn während der CDU/SPD-Antrag ausdrücklich versprach, „die derzeitigen nicht-politischen Mitglieder des Beirats“ einzubinden, um deren „fachliche Expertise in die Beratungen einfließen zu lassen“, waren offenbar die Vertreter von Denkmalschutz, Heimatpflege, Kunst und Kultur bei den Beratungen außen vor. Zumindest haben die Vertreter, mit denen die NW sprach, keine Einladung erhalten. Als schließlich doch noch Post eintraf, war es keine Einladung, sondern ein Dankeschreiben. Ein Gremium, das aus Bürgerprotest gegen die Verwaltung entstand, verabschiedet sich am Ende mit einer Standardfloskel.

Den formalen Schlussstrich zog der Rat dann fast beiläufig: Am 10. Juli wählte er die neue Besetzung. Das Protokoll vermerkt dazu einen einzigen Satz: „Es gibt keine Wortmeldungen.“ Einstimmig, ohne Enthaltung.

Natürlich kann Politik einen Beirat verändern, ihn verkleinern. Natürlich kann man sagen: Wir wollen weniger Mitglieder, klarere Zuständigkeiten und mehr planerische Fachkompetenz. Das ist eine berechnete politische Entscheidung. Aber dann sollte man sie auch so nennen – und nicht als Stärkung von Trans-

parenz und Bürgernähe verkaufen.

Bleibt das Argument der Effizienz. Auch dafür gibt es einen nachvollziehbaren Punkt: Die neue Geschäftsordnung sieht fünf bis sechs Sitzungen im Jahr vor, grundsätzlich etwa 14 Tage vor dem Bau- und Umweltausschuss, Sondersitzungen sind möglich. Das kann den Ablauf beschleunigen. Nur: Dafür hätte man die Bürger nicht aus dem Beirat streichen müssen. Die zeitliche Taktung ist eine organisatorische Frage. Die Zusammensetzung ist eine politische.

Was ist das für ein Signal an die Engagierten? So entsteht kein Vertrauen. Im Gegenteil: Wer sich über Politikverdrossenheit beklagt, sollte vielleicht auch darüber nachdenken, wie Politik mit den Menschen umgeht, die sich nicht abwenden oder nur meckern, sondern mitmischen. Das Signal ist nämlich in diesem Fall deutlich: Bitte haltet euch raus.

Der neue Gestaltungsbeirat mag effizienter arbeiten. Vielleicht arbeitet er auch schneller. Aber bürgernäher ist er nicht. Immerhin: Gestrichen haben sie den Gestaltungsbeirat nicht. Nur die Bürger daraus.

Wie denken Sie darüber? Ich freue mich auf Ihre Anregungen unter katharina.eisele@ihr-kommentar.de